



<https://biz.li/2rks>

JUNGE UNION VERURTEILT ANTISEMITISCHE HETZE UND DROHUNGEN NACH SOLIDARITÄTSBEKUNDUNG FÜR ISRAELISCHE OPFER

Veröffentlicht am 08.10.2024 um 17:07 von Redaktion AltkreisBlitz

Die Junge Union (JU) Hannover-Stadt und die Junge

Union Hannover-Land verurteilen aufs Schärfste die antisemitischen Anfeindungen und Bedrohungen, die nach der Veröffentlichung eines Instagram-Videos gegen ein Mitglied der JU geäußert wurden. Im Video, das von der JU Hannover am 7. Oktober veröffentlicht wurde, nahm die JU an einer friedlichen Gegendemonstration zur Mahnwache der "Intifada Hannover" teil, um den Opfern der terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel zu gedenken und die sofortige Freilassung der Geiseln im Gazastreifen zu fordern.

Trotz des klaren Aufrufs zu Solidarität und Frieden ertete das Video eine Welle an Hasskommentaren und Anfeindungen. "Zahlreiche Internet-Trolle nutzten die Kommentarfunktion, um antisemitische Verschwörungstheorien und israelhassende Botschaften zu verbreiten. Darüber hinaus wurde die stellvertretende Vorsitzende der JU Hannover-Stadt und Regionsabgeordnete, Inken Wellmann, direkt bedroht: In privaten Nachrichten wurde ihr der Tod gewünscht, und sie wurde öffentlich aufgefordert, von künftigen politischen Kandidaturen abzusehen", teilt die JU mit. "Wir lassen uns nicht einschüchtern. Es ist unsere Pflicht, in Zeiten des Terrors und des Hasses an der Seite Israels zu stehen und für die Befreiung der Geiseln einzutreten", erklärte die Stadt-Vorsitzende, Sabrina Kahmann. "Die Bedrohungen gegen Inken Wellmann sind nicht nur ein Angriff auf eine einzelne Person, sondern auf die Werte, für die wir als demokratische Gesellschaft eintreten: Meinungsfreiheit, Respekt und Solidarität", ergänzte Dr. Jendrik Wüstenberg, Vorsitzender der JU Hannover-Land. Die Junge Union Hannover fordert alle sozialen Netzwerke auf, konsequenter gegen Hassrede und Antisemitismus vorzugehen und rechtliche Schritte gegen die Urheber solcher Hassbotschaften zu prüfen. Inken Wellmann kündigte an, sich durch die Drohungen nicht davon abhalten zu lassen, sich weiterhin politisch zu engagieren und sich für jüdisches Leben starkzumachen.